

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Beilage „Illustrirtes Unterhaltungsblatt“.

Ersteinst

Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 10 M.
bei allen Postämtern 12 M.

Druck und Verlag:

P. Gnnold's Stadtdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Gnnold.

Anzeigen-Preis:

für die einsp. Zeile oder deren Raum 1,50 M.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Mr. 33.

Samstag, Nr. 49.

Mittwoch, den 26. April 1922.

Postfachzone
Breslau 186 64

44. Jahrg.

Rundschau.

Vatikan und Sowjetrepublik.

„Corriere della Sera“ zufolge haben die Verhandlungen zwischen der Kurie und den Vertretern der russischen Sowjetrepublik zu einem Ergebnis geführt, in Gestalt eines Abkommens, durch das in Zukunft römisch-katholische Missionare offiziell in Rußland zugelassen und die kirchlichen und die Kalenderrechte der in Rußland weilenden Katholiken sichergestellt werden. In vatikanischen Kreisen legt man dem vom Kardinal Gasparri erzielten Abkommen außerordentlich große Bedeutung bei.

Eine von der „Dena“ verbreitete Nachricht besagt: Der Vatikan wolle aus eigenem Antrieb eine aus neun Geistlichen bestehende Hilfsexpedition nach den russischen Hungergebieten entsenden. In diese rein humanitäre Aktion des Heiligen Stuhles ist nun aber von Seiten der Sowjets ein politisches Moment hineingetragen worden. Der Sowjetvertreter in Rom, Borowski, hat nämlich überraschenderweise im Auftrage seiner Regierung zur Vorbedingung für die Zulassung der vatikanischen Mission gemacht, daß dieser keine Geistlichen englischer, französischer oder jugoslawischer Nationalität angehören dürfen. Naturgemäß hat dieses Verhalten der Sowjets in maßgebenden kirchlichen Kreisen sehr verstimmt gewirkt.

Genua.

Dr. Wirth antwortet.

Genua, 22. April. Western ist die deutsche Antwortnote an die alliierten Delegationen in Genua dem Präsidenten der italienischen Delegation Ministerpräsidenten Facta übergeben worden. Es handelt sich um die Antwort auf jene in sehr grobem Tone gehaltene Note, die von den Delegierten der großen und kleinen Entente auf die Veröffentlichung des deutsch-russischen Abkommens hin verfaßt worden ist. Die deutsche Antwortnote lautet:

Seit mehreren Jahren hat Deutschland die russische Sowjetregierung anerkannt. Eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern über die Folgen des Kriegszustandes war jedoch notwendig, bevor die ordentlichen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden konnten. Die Verhandlungen, die hierüber zwischen den beiden Regierungen geführt wurden, waren schon vor mehreren Wochen so weit vorgeschritten, daß sie einen Abschluß ermöglichten. Die russische Verständigung war für Deutschland deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil hier die Möglichkeit bestand, mit einem der großen am Kriege beteiligten Staaten zu einem Friedenszustand zu gelangen, der alle dauernde Schuldnerschaft ausschließt und von Grund auf erneuert, durch die Vergangenheit nicht belastete freundschaftliche Beziehungen ermöglicht.

Die Vorschläge des Londoner Programms liegen die deutschen Interessen außer acht. Die Unterzeichnung hätte drückende Reparationsansprüche Rußlands gegenüber Deutschland hervorgerufen. Eine Reihe von Bestimmungen hätte dazu geführt, daß die Folgen der zaristischen Kriegsgelüge Deutschland allein zur Last gefallen wären. Wiederholt hat die deutsche Delegation die einladenden Mächte in eingehenden Besprechungen auf diese schweren Bedenken aufmerksam gemacht. Vielmehr wurde der deutschen Delegation bekannt, daß die einladenden Mächte Sonderverhandlungen mit Rußland eingeleitet hätten. Mittelungen über diese Verhandlungen ließen darauf schließen, daß eine Verständigung binnen kurzem bevorstand, daß aber die Berücksichtigung der ge-

rechten deutschen Wünsche nicht in Aussicht genommen war. Die deutsche Delegation ließ demgegenüber keinen Zweifel, daß sie gezwungen sei, ihre Interessen unmittelbar zu vertreten, da sie sonst in die Lage gekommen wäre, sich in der Kommission einem Entwurf gegenüberzusetzen, der für sie unannehmbar, aber von der großen Mehrheit der Kommissionsmitglieder bereits vereinbart war. Der Vertrag mit Rußland ist deshalb am Sonntag abend in genauer Übereinstimmung mit dem bereits vor Wochen aufgestellten Entwurf unterzeichnet und alsbald bekanntgegeben worden. Dieser Vorgang zeigt in aller Deutlichkeit, daß die deutsche Delegation den Weg der Verhandlungen mit Rußland nicht aus Mangel an Gemeinschaftsgeist, sondern aus zwingenden Gründen beschritten hat. Er zeigt ebenso deutlich, daß die deutsche Delegation befreit gewesen ist, von ihrem Verfahren jede Heimlichkeit fernzuhalten. Es würde durchaus den Wünschen der deutschen Delegation entsprechen, wenn auf der Konferenz eine allgemeine Regelung der russischen Frage gelänge, und wenn in diese Gesamtregelung der deutsch-russische Vertrag eingeführt werden könnte. Die Möglichkeit hierfür ist sehr wohl gegeben. Der Vertrag greift in das Verhältnis dritter Staaten zu Rußland in keiner Weise ein. Auch ist er in jeder seiner Bestimmungen von dem Gedanken getragen, dessen Bewirkung Sie mit Recht als das Hauptziel der Konferenz bezichtigen, nämlich von dem Wille, der das Vergangene als endgültig abgeschlossen ansieht und eine Grundlage für den gemeinsamen friedlichen Wiederaufbau zu schaffen sucht. Was die weitere Verhandlung der russischen Frage auf der Konferenz betrifft, so hält auch die deutsche Delegation es für richtig, daß sie sich an den Beratungen der ersten Kommission über diejenigen Fragen, die den zwischen Deutschland und Rußland bereits geregelten Fragen entsprechen, nur dann beteiligt, wenn ihre Mitarbeit besonders gewünscht werden sollte. Dagegen bleibt die deutsche Delegation an allen denjenigen der ersten Kommission übertragene Fragen interessiert, die sich nicht auf die in dem deutsch-russischen Vertrage geregelten Punkte beziehen.

Wie die Antwort wirkte.

Die deutsche Antwortnote hat, wie eine deutsche Nachrichtenagentur meldet, in den Kreisen der Alliierten einen guten Eindruck gemacht und es ist die Hoffnung berechtigt, daß die Arbeiten der Konferenz wieder einen ungehinderten Fortgang nehmen werden.

Freitag nachmittag waren hier Gerüchte über eine starke Opposition gegen eine gütliche Beilegung des Zwischenfalls auf Grund der deutschen Note verbreitet. Diese Gerüchte verpflichten sich jetzt zu bestimmten Nachrichten. Barthou hat eine Note vorbereitet, die sich gegen die Deutschen richtet und wahrscheinlich an den Präsidenten der Konferenz gerichtet ist.

Die Antwort der neun Mächte.

Genua, 23. April. In der Konferenz der neun Nationen, die sich mit der neuen an Deutschland zu richtenden Note befaßte, wurde nach kurzer Diskussion der endgültige Entwurf zu dieser Note mit einigen Änderungen angenommen. Danach wird der ganze Zwischenfall mit den Deutschen als beendet betrachtet und nur einige Aufklärungsfragen an die deutsche Delegation betreffs ihrer Auffassung über die Teilnahme an den weiteren Verhandlungen gerichtet. In der Note heißt es u. a.:

Die Unterzeichneten stellen mit Genugtuung fest, daß die deutsche Delegation der Tatsache Rechnung trägt, daß der Abschluß eines Sondervertrages mit Rußland über zum Tätigkeits-

gebiete der Konferenz gehörende Fragen es unerwünscht macht, daß diese Delegation weiter an der Erörterung der Bedingungen dieses Abkommens zwischen Rußland und den verschiedenen auf der Konferenz vertretenen Ländern teilnimmt. Die Unterzeichneten behalten ihren Regierungen ausdrücklich das Recht vor, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrags als null und nichtig anzusehen, die etwa als den geltenden Verträgen zuwiderlaufend gefunden werden. Der Zwischenfall soll jetzt als abgeschlossen angesehen werden.

Lloyd George gegen Barthou.

Genua, 22. April. Auf der kurz nach 4 Uhr eröffneten Sitzung der Entente-Delegierten nahm Lloyd George sehr scharf gegen Barthou Stellung. Er erklärte, daß man Frankreich öffentlich als den Störenfried Europas hinstellen müsse, falls es seine bisherige Haltung nicht ändere. Von den neun Mächten ist eine neue Note an Deutschland beschlossen worden, in der es aufgefodert wird, unabweislich seinen Verzicht auf die Teilnahme an der russischen Kommission zu erklären. Barthou gab gleich am Anfang eine Begründung für den französischen Antrag auf Einberufung der Sitzung und erklärte, daß Frankreich den deutsch-russischen Zwischenfall mit der deutschen Antwortnote nicht als erledigt ansehen würde, solange nicht sämtliche an der ersten Note beteiligten Mächte ihren Standpunkt klargestellt hätten. Barthou forderte einen Beschluß der hier versammelten Mächte, um diese Angelegenheit der deutschen Delegation in Form einer Note mitzuteilen. Lloyd George wandte sich lebhaft gegen Barthous Darlegungen und gab nochmals die offizielle Erklärung ab, daß mit der deutschen Antwortnote für ihn die ganze Angelegenheit erledigt wäre. Nicht umlaufende Gerüchte, sondern nur reelle Tatsachen könnten für politische Entscheidungen richtunggebend sein. Das Vorgehen der französischen Delegation überzeuge ihn, da sie zwei Tage habe verschleppen lassen, ehe sie diesen Protest eingebracht habe. Lloyd George stellte dann auch das Verhalten der Franzosen den Russen gegenüber und betonte, daß man auch in dieser Frage nicht von vornherein durch ein intransparentes Verhältnis den Erfolg der Konferenzarbeiten in Frage stellen werde. Die Beschäftigung der Konferenz beschränke augenblicklich nur darin, bestehende Krisen zu lösen anstatt fruchtbares Arbeit zu leisten. Das Interesse der Völker erfordere den Fortgang der Konferenz. Er erklärte daher, daß die englische Delegation alles daran setzen werde, diesen Fortgang zu ermöglichen.

Genua, 22. April. Der deutsche Reichskanzler übermittelte dem Präsidenten der Konferenz de Facta folgendes Protokoll:

Herr Präsident! Es wird der Text eines Schreibens in der Öffentlichkeit verbreitet, das der Präsident der französischen Delegation an Sie gerichtet haben soll. Dieses Schriftstück enthält, wie mir mitgeteilt wurde, in bezug auf mein Schreiben vom gestrigen Tage die Wendung „lägerliche Behauptungen“. Sollte dieser Ausdruck wirklich gefallen sein, so sehe ich mich gezwungen, entchiedenen Einspruch gegen eine beleidigende Anschuldigung zu erheben, durch die an einem festlichen Tage der Konferenz der von Ihnen, Herr Präsident, so nachdrücklich betonte und so kräftig vertretene Geist von Genua schwer verletzt wurde. Genehmigen Sie usw.

Der Riß in der Entente.

Genua, 24. April. Man hat den Eindruck, daß die Konferenz bald ihr Ende finden wird. Obwohl der deutsche Zwischenfall erledigt ist, ist die Lage so, daß keine große Arbeit

geleitet werden kann. Die Vertreter der britischen Dominions haben an Lloyd George die Aufforderung gerichtet, möglichst bald das Ende der Konferenz herbeizuführen, da eine längere Abwesenheit untunlich sei. Ferner heißt es, daß Lloyd George am Sonntag reisen will. Eine Befähigung war nicht zu erlangen. Lloyd George Hoffnungen auf Verwirklichung seines Lieblingsplanes, der für 10 Jahre jeden Zugriff europäischer Mächte verhindern will, sind sehr herabgestimmt.

Genua, 24. April. Brattianu hat in der gestrigen Sitzung Lloyd George gefragt, ob die Entente noch bestehe. Lloyd George hat geantwortet, sie bestehe wohl noch, aber sie könne nur bestehen bleiben, wenn jede Macht, die an ihr teilnehme, sich dem Gedanken der Vöglisierung Europas unterordne. Sie müsse erreicht werden, selbst auf Kosten der Entente.

Dr. Wirths Auffassung über Genua.

Genua, 22. April. Der Reichstanzler Dr. Wirth hielt anlässlich eines Empfangs der hiesigen deutschen Konsuln durch den deutschen Botschafter in Rom von Maroli eine Ansprache. Hierbei unterstrich er die Bedeutung der Konferenz von Genua und ging auch auf den soeben beigeklebten Zwischenfall des Vertrages von Rapallo ein. Der Reichstanzler führte u. a. aus:

Die Konferenz von Genua ist für uns eine Etappe des Rettungsweges, das wir mit unsern Interessen haben und dem Ziele der Wiederaufrichtung des Weltfriedens. Wir sind ohne alle große Hoffnungen gekommen, bitteten oder diese Konferenz als einen Schritt vorwärts. Indessen fühlt man eine wichtige Macht, die notwendig war, um das Werk der Wiederrichtung der Weltwirtschaft zu vollbringen, nämlich Amerika, da unsere Arbeit nur Eiskübel bleibt, solange durch Abwesenheit Amerikas nicht der ganze Aufbau der gesamten Weltwirtschaft ins Auge gefasst werden könne. Auf den Schritt, den wir durch die Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo unternommen haben, möchte ich hier nicht ausdrücklich eingehen. Ich bin aber bereit, die volle Verantwortung für ihn zu übernehmen.

In Genua sollten die Probleme des Ostens gemeinsam besprochen werden. Es wurde dabei aber eine Entscheidung erreicht. Im Laufe der Separatverhandlungen eines Teils der hier vertretenen Mächte mit Anstehen waren plötzliche Deutschlands Interessen betroffen. Es geht, sie rechtzeitig wahrzunehmen, das war unsere Pflicht, und wir haben unsere Pflicht getan.

Das Londoner Experten-Memorandum hätte zu einem zweiten Verstoß führen können. Seine Anwendung hätte das endgültige Todesurteil über jeden Wiederanbau Anstehens bedeutet und wir wären auch in eine Schicksalsfrage nach Osten geraten, so daß der Tag der Schuldlosigkeit sich um uns geschlossen hätte. Dem gegenüber konnten wir nicht um den Fortschritt der Konferenz spielen. Durch den Vertrag haben wir den Krieg, der uns bedrohte, vermieden. Wir sind aber bereit, die Ideen, die in diesem Vertrage enthalten sind, in einen größeren gemeinsamen Rahmen einzufügen, allerdings nicht unterzuordnen im Sinne des Diktierens. Die Entscheidung darüber liegt jetzt bei den Großmächten, namentlich bei England. Lloyd George hat vorgeschrieben eine friedliche Rede gehalten und die Angelegenheit als erledigt erklärt. Dem schließe ich mich an, jedoch muß ich mich gegen den Vorwurf der Illegalität wenden, denn die, auf die es ankäme, hätten ganz genau unterrichtet sein müssen.

Der Kanzler schloß weiter die schweren Verhandlungen, unter denen Deutschland unter dem Druck der Kommissionen und sonstigen Ententeorgane zu leiden hat und gab den Anstehenden ein Bild von der tatsächlichen Lage in Deutschland. Die Ansprüchen des Reichstanzlers wurden den Mitgliedern der deutschen Kolonie mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im Anschluß ließ sich der Reichstanzler die Anwesenden durch den deutschen Botschafter und den deutschen Konsul in Genua vorstellen.

Oberschlesien.

Das Liquidationsabkommen.

Über die brennendste und umstrittenste Frage der Senfer Verhandlungen, die Zulässigkeit der Liquidation in Oberschlesien, ist bekanntlich in letzter Stunde eine Einigung erzielt worden, die einen Gleichschritt unbedenklich machte. Der endgültige Text des Abkommens soll an dieser Stelle demnächst veröffentlicht werden. Schon jetzt aber sei der wesentliche Inhalt der Abmachung kurz dargelegt, der geeignet ist, auf die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien in hohem Maße beruhigend zu wirken. Die Liquidation von beweglichem Vermögen,

also von Hausrat, Möbeln, Kleidung, Wäsche, Büchern, Werkzeugen aller Art, auch von Nähmaschinen und Schreibmaschinen, ärztlichen Instrumenten, Klavieren ist ausgeschlossen. Ausgeschlossen ist ferner die Enteignung des gesamten städtischen Grundbesitzes und der landwirtschaftlichen Betriebe, die weniger als 100 ha nutzbarer Fläche umfassen. Der städtische Bürger, der ein Haus, einen Garten sein eigen nennt, der Bauer und mittlere Grundbesitzer, der Handwerker, der Kaufmann und Gewerbetreibende, sie alle sind befreit von jeder Sorge um die Vergrößerung ihrer Habe. Endlich können auch sonstige Rechte irgendwelcher Art, Aktien, Anwartschaften und Gemeinnützige an Industriellen und sonstigen Unternehmungen, Hypotheken, Forderungen aus Darlehen, Pächter-, Pacht- und anderen Verträgen niemals liquidiert werden. Das alles ist feierlich verbrieft. Schon heraus ist ersichtlich, daß nur zwei große Gruppen des deutsch-oberschlesischen Besitzes für die Liquidation überhaupt in Betracht kommen können, nämlich die Großindustrie und der Großgrundbesitz, und zwar auch diese nur mit wichtigen und umfassenden Ausnahmen. Wesentlich ist vor allem, daß auch der Großgrundbesitz derjenigen Deutschen, die sich zwischen dem 1. Januar 1908 und dem 1. Januar 1922 in polnisch-schlesien niedergelassen haben, nicht liquidiert werden kann. Da nun diejenigen Eigentümer großer Güter, die vor dem 1. Januar 1908 ihren Wohnsitz im Abtretungsgebiete begründet haben, mit dem Uebergang der Staatshoheit polnische Staatsangehörige werden können, so kommt die Liquidation von Großgrundbesitz nur bei solchen Personen in Betracht, die nach dem 1. Januar 1922 zugezogen sind. Von allen landwirtschaftlichen Großbetrieben, die hiernach überhaupt noch übrig bleiben, kann wiederum nur ein Drittel der Gesamtfläche liquidiert werden, wobei der Fortbesitz und Güter, die einen wesentlichen Bestand großindustrieller Betriebe bilden, nicht mit gerechnet werden. Es sind dies Güter, die Landwirtschaft für die Erhaltung des Unternehmens betreiben und Waldgüter, die Holz für Gruben oder Industrielle Unternehmungen liefern. Auf die Enteignung, die schließlich noch zulässig sind, müssen die auf Grund des Reichsfluchtgesetzes vorgenommenen Liquidationsangelegenheiten vorgekommenen Liquidationen angerechnet werden. Man kann daher mit gutem Rechte sagen, daß auch für den deutschen Großgrundbesitzer in polnisch-schlesien die Liquidation praktisch beseitigt ist.

Es bleibt nur noch die Großindustrie. Die Unternehmungen der Großindustrie und ihre Lagerstätten unterliegen aber unbedingt der Enteignung erst nach Ablauf von 15 Jahren seit dem Uebergang der Staatshoheit, also erst etwa vom 1. Juli 1937 an. Bis dahin kann auch hier die Liquidation nur erfolgen, falls sie auf Antrag der polnischen Regierung von der zuständigen gemischten Kommission als für die Aufrechterhaltung des Betriebes unerlässlich anerkannt wird.

Das völlige Einbernehmen der deutschen und polnischen Regierung über die Liquidationsfrage ist von weittragender Bedeutung nicht nur inhaltlich insofern, als es auf große Teile der ansässigen Bevölkerung von polnisch-schlesien besitzend wirkt, sondern vor allem auch in moralischer und politischer Hinsicht. Es bedeutet einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zu einem friedlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeiten und zur Verbrüderung der Vögelänge und zeigt den guten Willen der beiden Nationen, zum Gelingen der hochentwickelten ober-schlesischen Wirtschaft und Kultur einmütig zusammenzuarbeiten.

Die Gesamtkosten der ober-schlesischen Besetzung.

Paris, 21. April. Das „Journal“ meldet, daß die Gesamtkosten für die Besetzung und die Entschädigung über Oberschlesien zurzeit in Genf zusammengefaßt werden, ebenso ihre Verteilung auf Polen und Deutschland. Der Gesamtbetrag werde zwischen 5 bis 10 Milliarden betragen.

Totales u. Provinzielles.

Sobran DC., den 25. April 1922.

(Katholische Kirchengemeinde.) In der gestrigen Sitzung des Kirchenvorstandes der katholischen Kirchengemeinde Sobran wurde u. a. beschlossen, zur Ausbringung der Mittel, die zur Besetzung der Kirchenbeamten erforderlich sind und zur Befreiung sonstiger Ausgaben, 126 % der staatlich veranlagten Einkommensteuer als Umlage zu erheben. Diese Umlage soll vierteljährlich gleichzeitig mit der Einziehung der Kommunalsteuern erfolgen. — Der Beschluß bedarf noch der Genehmigung der Gemeindevorstellung und der Befähigung durch

die bischöfliche Behörde, was jedoch bald erfolgen dürfte, damit die Kirchenverwaltung ihren Verpflichtungen nachkommen kann.

(Städtische höhere Knaben- und Mädchenschule.) Die Aufnahme neuer Schüler und Schülerinnen erfolgte Freitag, den 21. d. M., in der Anzahl. Es wurden der Schule neu zugewiesen 37 Schüler und Schülerinnen (25 Knaben, 12 Mädchen). Das neue Schuljahr hat Sonnabend den 22. d. M. begonnen. Als Pflichten für alle Schüler ist das Polnische in den Lehrplan aufgenommen worden. — Herr Studienassessor Danzyl, der vom Provinzial-Schulkollegium an das neu begründete Progymnasium Nitola berufen worden ist, verläßt leider die Schule. Mit ihm geht ein tüchtiger und beliebter Lehrer der Schule verloren. An seine Stelle ist vom Provinzial-Schulkollegium Herr Studienreferendar Maschall nach hier berufen worden, ein gedienter Oberlehrer.

(Film-Operette.) Am Dienstag, den 2. Mai, gelangt im hiesigen Lustspielhaus zum ersten Male eine Film-Operette zur Aufführung, und zwar die herrliche Operette „Strandnixe“. Hierzu trifft ein eigener Kapellmeister und 6 erste Künstler ein, die die Singspartien übernommen haben. Wir machen auf diese Veranstaltung, zu deren Gelingen der Knabenchor unser Können und Mühen geschenkt hat, schon heute aufmerksam.

(Knabüberfall.) Am 10. April, früh 6 1/2 Uhr, wurde der Fleischermeister Joseph Billar aus Wolczyn, als er sich auf einem Gehältswege befand, auf der Chaussee zwischen Krowka und Zolm im Walde von 2 mörderischen Männern, die mit Jagdwaffen und Revolver bewaffnet waren, überfallen und beraubt. Es wurde ihm hierbei eine Briefstange abgenommen mit der Aufschrift „Deutsche Fleischerzunft“, in der sich 30200 M. und seine Bestimmungskarte befanden. Der Beraubte hat für Ermittlung der Täter eine Belohnung von 10000 M. ausgesetzt.

Eine portische Warnungstafel.

Im Angsburger katholischen Friedhof ist eine hübsche portische Mahnung, die der Eronung von Vämmern, Blumen und Vögeln gilt, angebracht; sie lautet:

Drum sag' ich Euch: 's ist alles heilig jetzt, Und wer im Wägen einen Baum zerlegt, Der schneidet ein' w'e in ein Anterbes. Und wer sich eine Blume pflückt zum Schertz, Und sie dann von sich schleudert sorglos, Der reißt ein Kind von seiner Mutter Schoß. Und wer dem Vogel 's ist die Freiheit raubt, Verflücht sich an eines Sägers Faust, Und wer im Frühling bitter ist und hart, Zerlegt sie wider Gott, der sichbar ward.

(Brieftasche in Breslau.) Kardinal Dr. Bertram, Fürbischof von Breslau, hat am vergangenen Sonntag 42 Diakone das hl. Sakrament der Brieftasche gespendet, davon sind 34 aus der Diözese Breslau (davon wieder 6 Ultrajassen), 5 aus dem Erzbistum Olmütz, 3 aus dem Erzbistum Prag.

(6 Zeitungen verboten.) Die „Vorgeschichte“ meldet: Auf Anordnung der Interalliierten Regierungskommission ist das Erscheinen nachstehender sechs Zeitungen bis auf weiteres verboten: 1. Oberschlesische Zeitung, 2. Berliner Sozial-Anzeiger, 3. Berliner Tageblatt, 4. Breslauer Morgenblatt, 5. Breslauer Zeitung, 6. Simplicissimus.

(Verschärfte Passkontrollen.) Die Interalliierte Kommission wie auch die deutschen Behörden haben die Passkontrolle auf der Strecke Oppeln-Breslau verschärft.

(Das Ende der Abstimmungsarbeiten.) Die Oberpostdirektion Oppeln schreibt uns: Es steht zu erwarten, daß sowohl in dem deutsch-polnischen, als auch in dem an Polen fallenden Teile Oberschlesiens sofort nach der Uebernahme durch die deutsche und polnische Verwaltung die jetzt gültigen Abstimmungsarbeiten zurückgezogen werden und an ihre Stelle die Postwertzeichen der betreffenden Verwaltung treten. Ob ein Umtausch der in den Händen des Publikums befindlichen Abstimmungsarbeiten in die dann gültigen Wertzeichen erfolgen wird, ist noch recht fraglich. Es ist daher ratsam, sich nicht mit allzu großen Mengen der Abstimmungsarbeiten einzudecken, um etwaigen Verlusten vorzubeugen.

(Neue 2-Mark-Darlehnskassenscheine.) Der Darlehnskassenschein zu 2 Mark vom 1. März 1920 hat aus Zweckmäßigkeitsgründen andere Farben erhalten. Auf der Vorderseite erscheint der Lytorus in lebhaftem Rot, und der Schriftzug bläulichviolett; der Kontrollstempel im linken Feld und die Nummer sind in brauner Farbe gedruckt. Der bis zum Beschnitt reichende Unterdruck aus Auenwerk ist unbedeutend gewandert geblieben. Auf der Rückseite



Strandnixe ist kein neues Schuhputzmittel!

häuser der Reichsregierung und hat als solcher bei seinen Einkäufen mit Vorzugsrecht in „Einkaufsverbindungen“ agieren. Sein Verdienst soll mehrere 100000 Mark betragen. Im Reichsland errichtete er, obwohl Beamter, die Firma „Ebel & Co.“ Vertrieb von Automobilen. Auch soll es möglich gewesen sein, seine Schulden von ca. 100000 Mark, die er beim Verlassen von Hamburg dort hinterließ, von Kattowicz aus im Zeitraum von nur 1 Jahre zu bezahlen. Die Forderung wird vom Ersten Staatsanwalt Dr. Raack vertreten. Vorsitzender der Strafkammer ist Landgerichtsdirektor Hamml. Das Richterkollegium ist das gleiche, wie beim Baudirekt Projekt. Nach zweifelhafte Verhandlung, in der die Vertreter der einzelnen Klagen gegen die nicht ordnungsmäßige Zustellung der erst in der Hauptverhandlung vorgelassen Ergänzungsbefehle zum Eröffnungsbeschluss protestierten, wurde die weitere Verhandlung auf Mittwoch, 29. d. Mts., vormittags 9 Uhr vertagt.

Wetzlar, 25. April. Ein junges Mädchen spritzte dem Buchhalter Kilmus aus Hohn und Spott auf der Altkönigsstraße Salzsäure in die Augen. Der Verletzte hat dadurch sein Augenlicht verloren und wurde in das Krankenhaus gebracht. Die Ermittlung über die Schuld an dieser Tat sind noch nicht abgeschlossen.

Wetzlar, 25. April. (Erschossen.) Der Apowachtmeister Nowak aus Charlitz, vom Grenzgarn Dombrowka, geriet auf dem Bahnhof mit 3 Jägern in Streit, in dessen Verlaufe er von einem der Jäger durch Schusswunden verletzt wurde. Er starb kurze Zeit nach Einlieferung in das Krankenhaus. Die 3 Personen konnten festgenommen werden.

Wetzlar, 24. April. (Ein Todesurteil vollstreckt.) Freitag vormittag wurde der bekannte Bürgerlicher Mörder Nowak hingerichtet, nach dem das Todesurteil durch den Reichspräsidenten bestätigt worden war. Nowak erschoss am 25. August 1920 zwischen Frankfurt und Gießen den Gastwirt Berger und dessen Pferdewärter Feulner, zuerst im Oktober 1920 in Kaufbeuren bei Mallisch den Pferdewärter Bachmann.



Heute vormittag 11 Uhr verschied nach längerem Leiden sanft und gottgegeben unsere liebe gute Mutter, Grossmutter, Schwester und Tante,

Frau Marie Gohl

geb. Sodalzawieczny

im Alter von 65 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrubt an

Sohrau OS., den 26. April 1922

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonnabend, den 29. April, vormittags 1/2 10 Uhr.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 27. April cr. findet die Ausgabe der Brotmarken für den Monat Mai im Zimmer Nr. 2 statt. Die roten Ausweisarten sind vorzulegen.

Sohrau OS., den 25. April 1922.

Der Magistrat. Laub.

Bekanntmachung.

Für das hiesige Elektrizitätswert wird für sofort

ein Heizer

gesucht. Eventl. kann sich auch ein besserer Arbeiter melden, der sich Heizerkenntnisse schnell erwerben kann.

Meldungen werden in der Zentrale bis zum 28. d. Mts., mittags 12 Uhr entgegengenommen. Gehaltsansprüche sind geltend zu machen. Sohrau OS., den 25. April 1922.

Der Magistrat. Laub.

Die Freie Schneider-Innung Sohrau hat in ihrer Sitzung am 24. April 1922 beschlossen, folgende Preise für Anfertigung von Kleidungsstücken ohne Zulaten festzusetzen:

Sacco-Anzug	850,00 Mk.
Gehrock-Anzug	1050,00 „
Sacco	500,00 „
Paletot	700,00 „
Hose	200,00 „
Weste	150,00 „

Freie Schneider - Innung Sohrau OS.

Zum baldigen Antritt suchen wir einen jungen

Bürogehilfen(in)

Polnische Sprache Bedingung.

Górnośląski Bank Handlowy

Filiale Sohrau OS.

Bekanntmachung.

Sämtliche Ader- und Wiesenpächter des Dominiums Baranowicz werden hierdurch aufgefordert, Sonntag, den 30. April d. J., nachmittags 2 Uhr in der Gutskanzlei zu erscheinen.

Die Gutsverwaltung Baranowicz.

Ich bin zum Vormund des erkrankten Fräuleins Martha Machuley hier selbst bestellt worden. Es ist mir zur Pflicht gemacht, die Rechte meines Mädchens auf das gewissenhafteste wahrzunehmen und warne daher zunächst jedermann, irgend etwas von Martha Machuley abzukaufen oder sich überhaupt geschäftlich mit ihr einzulassen. Zugleich fordere ich alle diejenigen, welche von meinem Mädel Möbel, Betten, Kleidungsstücke, sowie Waren unter Ausnützung ihres krankhaften Zustandes unter dem Werte gekauft haben, sich alsbald zur Vermeldung von Unannehmlichkeiten bei mir zu melden. Ich bemerke, daß mir der größte Teil der Abnehmer mit Namen bekannt ist und daß ich unmissverständlich gegen jeden, der ein mit Martha Machuley getätigtes Geschäft verheimlicht, gerichtlich einschreiten werde.

Adolf Gallus,
Schlossermeister.

Meine Ehefrau Katharina Schikora, geb. Konieczny, hat mich freiwillig verlassen. Der eheliche Fiskus kann sich sie behalten.

Johann Schikora.

— Einen Posten —

ESSENZEN

hat abzugeben

Winkler, Ring.

Habe Dünger

gratis gegen Abfuhr von Asche abzugeben.

Alfons Lubecki.

BAUSSCHNEIDERIN

empfiehlt sich für Sohrau und Umgegend. Offert. unter „M. G. 100“ a. d. Exped. d. Bl.

Ein ordentliches

Kutscher

möglichst verheiratet, zum 1. Mai gesucht.

FRANZ KUTZ.

Ein Knabe

welcher Lust hat, das Feuerschmiedewerk zu erlernen, kann sich melden.

Max Reichenberger,
Feuer- und Dentist.

Ein Dienstmädchen

für Landwirtschaft für sofort gesucht.

N. Hilla.

Guterhalter Landauer

Grüterechen, Zauchefass usw. verkauft

Blida, Mittelmühle
bei Sohrau OS.

Kaufe Alteisen, Almetalle, Zink, Knochen, Papier, Lumpen, Felle und Flaschen zu höchsten Tagespreisen.

D. Majerowitz, Sohrau
bei Linzer, Schützenstraße.

Eine Fuhre Dünger

ist abzugeben. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Bei Lungenleiden Tuberkulose, Asthma, Husten, Heiserkeit

und allen sonstigen schweren Erkrankungen der Atmungsorgane schafft Dr. Cl. Wagner's peruvian. Lungenbalsam Nymphosan (gesetzl. gesch.) in kurzer Zeit Hilfe. Der schwächende Nachtschweiß und der lästige Husten verschwinden, der Auswurf läßt nach und die schädlichen Bazillen werden vernichtet. Mit großem Erfolg seit Jahren erprobt, ärztlich verordnet und empfohlen. Täglich glänzende Anerkennungen. Preis kleine Flasche (Probeflasche) M 35.—, große Flasche M 65.—. Nur zu beziehen durch die

Nymphenburg-Apotheke, München-Nymphenburg Lz 30



Strandnixe ist vielmehr eine moderne Filmoperette!